

Projekt-Endbericht der AG für die Implementierung des IFG im BMIMI

Wien, 2025



Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur,
Radetzkystraße 2, 1030 Wien

Gesamtumsetzung:

Abteilung I/Präs. 15 – Informationsfreiheitsrecht- und Verwaltungsmanagement

Stand: Dezember 2025

Wien, 2025

Inhalt

Einleitung	5
Projektübersicht	6
Umsetzung der Arbeitsbereiche	8
Recht.....	8
Rechtsauslegung und Wissensansammlung	8
Interministerieller Austausch	8
Austausch mit Beteiligungen und nachgeordneten Dienststellen	9
Anpassung der Materiengesetze	9
Anpassung der Musterverträge und Musterklausel	10
Gründung einer Arbeitsgruppe zum Thema IWG	10
Technik	11
Interministerieller Austausch	11
ELAK-Anpassung	11
„Shared Service“-Lösung	11
Sachgebiete-Reform	13
Schlagwortkatalog	13
Datenhygiene	14
Schwärzungstool und Anleitung	14
Rollout/Verwaltung	15
Bewusstseins-/Bildungsoffensive	15
Barrierefreiheit und CI-Konformität	16
Erlass und IFG-Leitfaden	17
Technisch-organisatorischer Leitfaden	17
Entscheidungsbaum	17
E-Learnings	17
Weitere Hilfestellungen	18
Handlungsfelder über das Projekt hinaus	19
Umsetzung auf einen Blick	20
Grafische Veranschaulichung	20
Wissensvermittlung – Stand 1. September 2025	21
Das Projekt in Zahlen	21
Arbeitsstunden	21
Der Schlagwortkatalog	22
Die Sachgebiete-Reform	23

Einleitung

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), BGBl. I Nr. 5/2024, trat am 1. September 2025 in Kraft und löste zentrale bestehende Rechtsgrundlagen ab. Eingeführt wurde mit dem IFG ein umfassendes System an Informations- und Transparenzpflichten, deren Ziel es ist, Verwaltungshandeln nachvollziehbarer, demokratischer und bürgernäher zu gestalten. Durch das IFG standen und stehen die verpflichteten Organe vor neuen Herausforderungen, denen nur mit einer interdisziplinären Zusammenarbeit sinnvoll und effizient begegnet werden konnte bzw. begegnet werden kann.

Um das BMIMI organisatorisch bestmöglich auf das IFG vorzubereiten, wurde im Dezember 2024 eine organisationseinheitenübergreifende Arbeitsgruppe zur Implementierung des IFG gegründet und ein Projektplan erarbeitet. Das Projekt bestand aus drei inhaltlichen Arbeitsbereichen, denen Meilensteine zugeordnet waren. Die Verantwortung für die Umsetzung dieser Meilensteine wurde Mitgliedern des Projektteams zugewiesen, die gemeinsam mit Experten:innen aus den jeweils zuständigen Fachbereichen an den rechtlichen, technischen und organisatorischen Details arbeiteten.

Das Projektziel war, für die Mitarbeiter:innen des BMIMI ab dem 1. September 2025 eine möglichst friktionsfreie Einhaltung der Bestimmungen des IFG gewährleisten zu können. Das BMIMI folgte und folgt dabei dem Ansatz „agieren statt reagieren“. Erforderliche rechtliche Klarstellungen und technische Grundlagen wurden geschaffen sowie Maßnahmen bei allgemeinen Verwaltungsthemen, bei internen Prozessen, bei der Wissensvermittlung und insbesondere beim Datenmanagement ergriffen. Es wurden daher die Arbeitsbereiche Recht, Technik und Rollout/Verwaltung festgelegt.

Wesentlich für das Erreichen der einzelnen Projektziele war es, neben den internen Vorbereitungsmaßnahmen auch den interministeriellen sowie interorganisatorischen Austausch zu pflegen und dabei gestaltend mitzuwirken.

Der folgende Bericht gibt Einblick in die getätigten Vorbereitungsschritte und die Meilensteine, die im Rahmen des Projektplans umgesetzt bzw. erreicht wurden. Die Prozessschritte und die einzelnen Arbeitspakete werden überblicksmäßig dargestellt.

Projektübersicht

Auftraggeberin des Projekts zur Implementierung des Informationsfreiheitsgesetzes im BMIMI war im Dezember 2024 (noch im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie) SL Kathrin Renz, Co-Auftraggeber war BL Martin Kaplans.

Die Runde der Sektionsleiter:innen wurde als Lenkungsorgremium in insgesamt sechs Besprechungen in Zweimonatsabständen über den Projektfortschritt informiert. Das Lenkungsorgremium traf die strategischen Entscheidungen zur einheitlichen Implementierung des IFG: u.a. Umsetzung der proaktiven Informationspflicht durch die Fachabteilungen, grundsätzliches Vorgehen im Hinblick auf die Weitergabe von Informationen und den Rahmen für diverse Schulungsmaßnahmen.

Ein Projektteam aus zwei Abteilungen wurde mit der Veranlassung von konkreten Umsetzungsschritten beauftragt. Dieses Team wurde von AL Petra Steyer (Gesamtleitung) und Marlies Wawra (operativ, beide Abteilung I/Präs. 15) geleitet. Weitere Mitglieder waren Julia Michalko-Hackl und (seit Juni 2025) Veronika Weindl (Abteilung I/Präs. 15) sowie AL Joachim Tischler und Stefanie Kremmel (Abteilung I/Präs. 8).

Zur Erstellung und Umsetzung des Projektplans und zur Koordinierung der Arbeitspakete standen Projektleitung und Projektteam in regelmäßigem Austausch. Alle drei Wochen wurden Arbeitsbesprechungen abgehalten, um anstehende Projektziele und deren Umsetzung im Detail zu behandeln. Insgesamt fanden 12 solcher Arbeitsbesprechungen statt. Zusätzlich wurde in wöchentlichen halbstündigen sogenannten Blitzupdates (insgesamt 38) der Fortschritt der vergangenen Woche reflektiert und die konkreten Maßnahmen für kommende Ziele vereinbart. In Summe flossen 44 Stunden reine Besprechungszeit in das Projekt. Dabei wurden Projektmeilensteine definiert, rückgesprochen und konkretisiert in die Umsetzungsmatrix aufgenommen sowie über deren Fortschritt beraten. So konnten schnell interdisziplinäre Problemstellungen erkannt und deren Lösungen erarbeitet werden.

Abschließend ist positiv festzuhalten: Sämtliche Entscheidungen in der Arbeitsgruppe wurden einstimmig getroffen.

Und: Alle 88 definierten Meilensteine aus den drei Arbeitsbereichen konnten pünktlich abgeschlossen werden und somit wurden alle Ziele im Projektplan erreicht.

Zudem gab es einen regen und informativen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen des BMIMI, der nachgeordneten Dienststellen, der Beteiligungen, des Kabinetts und der anderen obersten Organe des Bundes.

Umsetzung der Arbeitsbereiche

Recht

Ziel für den Bereich Recht war die klare Auslegung der Rechtsvorschriften bestenfalls im Einklang mit den obersten Organen des Bundes (um ein möglichst rechtssicheres Arbeiten im BMIMI gewährleisten zu können).

Rechtsauslegung und Wissensansammlung

Mitglieder der Arbeitsgruppe besuchten verschiedene Informationsveranstaltungen, um umfassende Kenntnis zu möglichen unterschiedlichen Rechtsauslegungen zu erwerben. Neben der Teilnahme an Weiterbildungen auf der Verwaltungsakademie des Bundes wurden auch Veranstaltungen der Wirtschaftsuniversität Wien oder Events, welche von Lehrbuchverlagen organisiert wurden, besucht.

Interministerieller Austausch

Es wurde (und wird weiterhin) seitens des BMIMI das Ziel einer möglichst bundesweit kohärenten und verwaltungseffizienten Vorgehensweise verfolgt. Es wurde und wird ein entsprechend intensiver Austausch mit anderen Ressorts und insbesondere dem BKA gepflegt. Der interministerielle Austausch erfolgte und erfolgt auf drei Ebenen:

1. Austausch mit dem Bundeskanzleramt (BKA)

Zum einen wird ein allgemeiner, regelmäßiger Austausch mit dem BKA und über die dort angesiedelte interministerielle Arbeitsgruppe gepflegt. Der Fokus in dieser Arbeitsgruppe liegt auf der Abstimmung der technischen Lösungen und einem juristischen Diskurs.

Außerdem fand im Mai 2025, auf Initiative des BMIMI, ein intensiver Austausch bei einem Workshop zusammen mit dem BKA und dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) mit Fokus auf die Rechtsauslegung statt.

2. Austausch mit Ressorts mit fachlich nahen Kompetenzbereichen

Ebenso steht das BMIMI mit jenen Ressorts in engem Austausch, die ähnliche oder überschneidende Kompetenzbereiche vorweisen, wie etwa im Bereich des Förderwesens oder betreffend den Umgang mit den Beteiligungen des Bundes.

3. Austausch mit Ressorts aufgrund der BMG-Novelle

Im Zuge der organisatorischen Änderungen aufgrund der letzten BMG-Novelle, aufgrund derer Kompetenzen und Mitarbeiter:innen gewechselt haben, erfolgte ebenso ein interministerieller Austausch im Sinne des Erhalts einer effizienten Verwaltung und der Vermeidung von Unsicherheiten in der Belegschaft mit jenen Ressorts, die diese ehemaligen Themen des BMK nunmehr in deren Wirkungsbereich zu betreuen haben (Abfallwirtschaft, Umwelt, Klima durch das BMLUK und Energie durch das BMWET).

Austausch mit Beteiligungen und nachgeordneten Dienststellen

Das BMIMI steht mit seinen Beteiligungen und nachgeordneten Dienststellen regelmäßig in Kontakt. Bereits im November 2024 begann der Austausch zwischen dem BMIMI und seinen Beteiligungen, um Problemfelder und Unklarheiten frühzeitig zu identifizieren und um Rechtssicherheit geben zu können. Intensive Recherchen wurden speziell in Hinblick auf die IFG-spezifischen Verpflichtungen für die Beteiligungen eingeleitet. Die Beteiligungen des BMIMI wurden laufend von der Abteilung I/Präs. 15 über die Abteilung Beteiligungsmanagement (BTM) informiert.

Das BMIMI initiierte im März 2025 eine Veranstaltung zur Vernetzung und zum Austausch mit und unter den Beteiligungen. Vonseiten des BMIMI wurden die ressortinternen Auslegungen des Gesetzes vorgestellt, über die neuen Pflichten informiert und Fragen soweit als möglich beantwortet. Die Kooperation der Unternehmen untereinander, aber auch die Kommunikation der Beteiligungen mit dem BMIMI wurden dadurch gestärkt.

Des Weiteren fanden mit einzelnen Beteiligungen auch mehrere bilaterale Termine statt, in denen konkrete Fragestellungen erörtert und Klarheit geschaffen werden konnte.

Anpassung der Materiengesetze

Durch das Inkrafttreten des IFG war eine Anpassung der Materiengesetze des BMIMI notwendig. Im Jänner 2025 erging diesbezüglich ein erster Entwurf an das BKA. Der

interne Prozess der Erstellung und Vorbereitung der notwendigen Dokumente (Sammelnovelle, erläuternde Bemerkungen, Textgegenüberstellungen, WFA) war mit März 2025 abgeschlossen. Nach Einarbeitung weiterer Stellungnahmen wurde die BMIMI-Sammelnovelle im Mai 2025 begutachtet und einer zweiten politischen Koordination zugeführt. Im Anschluss wurde die Sammelnovelle dem Verfassungsdienst des BKA übergeben. Dieses brachte Anfang Juni 2025 einen bundesweiten Sammel-Gesetzesentwurf als Regierungsvorlage ein. Die entsprechende Novelle passierte im gleichen Monat den Nationalrat und diese trat ebenso mit 1. September 2025 in Kraft.

Anpassung der Musterverträge und Musterklausel

Auch die Musterverträge des BMIMI mussten an das IFG angepasst werden. Bereits im Winter 2024/25 erfolgte eine erste Absprache mit der zuständigen Abteilung. Auch diesbezüglich fand ein ressortübergreifender Austausch, insbesondere mit dem Bundesministerium für Finanzen (BMF), statt. Mit Ende Juli war die finale Anpassung und Fertigstellung der Musterverträge abgeschlossen. Zusätzlich wurde eine allgemeine IFG-Klausel formuliert und den Mitarbeiter:innen für den Schriftverkehr zur Verfügung gestellt.

Gründung einer Arbeitsgruppe zum Thema IWG

Durch das Inkrafttreten des IFG war von einer Vielzahl an zu veröffentlichenden Dokumenten auszugehen. Eine gesetzeskonforme und eindeutige Aussage zu den Nutzungs- und Weiterverwendungsrechten der veröffentlichten Inhalte musste erarbeitet werden. Für die diesbezügliche Umsetzung tagte eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG), die einen Vorschlag zum Einsatz der Creative Commons-Lizenz CC BY 4.0 für das BMIMI erarbeitete, der in den IFG-Erlass im Ressort einfloss.

Technik

Ziel für den Bereich Technik war die effiziente Umsetzung des IFG durch den Einsatz von digitalen Werkzeugen unter Berücksichtigung technischer Standards und der Weiterentwicklung der digitalen Prozesse für die tägliche Umsetzung des IFG.

Interministerieller Austausch

Zur Erreichung des Ziels der effizienten Umsetzung des IFG war ein abgestimmtes Vorgehen im Bund notwendig, welches von Beginn an aktiv verfolgt wurde. Das Angebot des BKA zum Aufbau eines „Shared Service“ als Speicherinfrastruktur für die proaktiv zu veröffentlichenden Informationen wurde angenommen. Dies war auch aufgrund der bereits etablierten interministeriellen Kontakte bzw. Kenntnissen über das Produkt „Datenmanagementportal“ möglich. Es fanden zahlreiche bilaterale Besprechungen über technische Funktionalitäten und Systemanpassungen statt. Das BMIMI-Team brachte sich zudem als Testuser:in ein.

ELAK-Anpassung

Vertreter:innen des BMIMI nahmen an den vorgesehenen Veranstaltungen wie der EGRU1 (interministerielle Arbeitsgruppe für den ELAK), Schulungen für Ressort-Administratoren bzw. -Administratorinnen und interministeriellen Austauschrunden teil, um Anpassungen im ELAK aufgrund des IFG mitzuverfolgen. Auch gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Arbeitsgruppe und der ELAK-Ressortadministration.

Neue Funktionen wurden im ELAK-Testsystem getestet. Im August 2025 konnten die notwendigen neuen Konfigurationen schließlich umgesetzt und die Musterprozesse für das BMIMI bis 1. September 2025 entsprechend angepasst werden.

„Shared Service“-Lösung

Aufgrund der proaktiven Informationspflicht des IFG müssen Informationen von allgemeinem Interesse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die öffentliche Verwaltung benötigt dafür eine angemessene technische Infrastruktur. Das BKA entwickelte aus diesem Anlass das „Datenmanagementportal“ (DMP), um Datenbestände und Datenprozesse effizient, kostengünstig und möglichst automatisiert steuern zu

können. Auf technischer Ebene wird das DMP durch die Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ) auf einer sicherheits-, qualitäts- und prozessertifizierten Basis als Dienstleistung bereitgestellt. Das BMIMI hat sich nach Analyse der möglichen Optionen im Jänner 2025 dazu entschlossen, Teil dieser Lösung des BKA zu sein. Ein Verwaltungsübereinkommen dafür wurde im August 2025 geschlossen. Am 1. September 2025 wurden planmäßig die ersten proaktiven Veröffentlichungen durchgeführt.

Vertreter:innen des BMIMI werden sich in der interministeriellen „Usergroup“ regelmäßig einbringen und bei Bedarf Nachbesserungen fordern sowie weitere Ausbaumöglichkeiten thematisieren.

Ressourcenmanager / technisches IFG-Management

Aus dem ELAK veröffentlichte Ressourcen (Dateien) werden im sogenannten Ressourcenmanager (Ressourcen-Hub) abgelegt. Eine stabile URL verweist auf die Ressource und wird im ELAK dokumentiert und an den Verwaltungsdatenkatalog übermittelt. Eine Steuerung des Ressourcenmanagers ist über den ELAK bzw. den Verwaltungsdatenkatalog möglich.

Verwaltungsdatenkatalog

Der Verwaltungsdatenkatalog (VDKat) ist das zentrale Bindeglied zwischen ELAK – dem Dokumentenmanagementsystem des Bundes – und data.gv.at – dem Informationsregister nach IFG. Es ist ein interner Metadatenkatalog, über den Korrekturen und manuelle Eingriffe möglich sind. Synchronisierungen mit dem ELAK und data.gv.at finden regelmäßig statt. Im VDKat sind sowohl die Beschreibungsdaten (Metadaten) des Bestandes sowie auch ein Link zu den Daten bzw. Dokumenten (Ressourcen) enthalten.

Die Testumgebung des Verwaltungsdatenkatalogs war im Sommer 2025 verfügbar. Bis Ende August 2025 wurden die Vorbereitungsmaßnahmen abgeschlossen. Während des gesamten Prozesses bestand ein intensiver Austausch mit dem BKA. Informationen zum Thema Verwaltungsdatenkatalog wurden in den technisch-organisatorischen Leitfaden für alle Mitarbeiter:innen aufgenommen.

Sachgebiete-Reform

Die Veröffentlichung von Dokumenten aus dem ELAK folgt der Logik des Aktenplans. Aus diesem Anlass war eine Prüfung der Aktualität der Sachgebiete notwendig. Zudem verlangt das IFG nach einer Reihe von Metadaten, die im ELAK auf Sachgebietsebene hinterlegt werden sollten. Dazu gehören auch eine Beschreibung und eine Beschlagwortung.

In einem geleiteten Prozess wurden alle Organisationseinheiten dazu aufgefordert, anhand eines Überarbeitungsprotokolls ihre Aktenpläne zu prüfen, nicht mehr verwendete Sachgebiete mit einem Gültigkeitszeitraum zu versehen, Anpassungen der Eigenschaftsfelder „Kurzbezeichnung“, „Beschreibung“ und „Begriffe“ (Schlagworte) vorzunehmen und die IFG-Relevanz der Sachgebiete einzuschätzen. Nach einer Prüfung der eingegangenen Daten und einer Prüfung durch die Arbeitsgruppe zur Implementierung des IFG wurden die Sachgebiete am 15. August 2025 aktualisiert.

Um die Abteilungen dabei bestmöglich zu unterstützen, wurde der Prozess in den IFG-Workshops erläutert sowie bei insgesamt sechs Terminen telefonische Hilfe angeboten.

Aufgrund dieser umfangreichen Sachgebiete-Reform wurden 11.000 Sachgebiete (somit fast ein Drittel) von insgesamt 34.000 durch das Setzen eines Ablaufdatums ausgesondert und 97 % aller verbliebenen Sachgebiete überarbeitet und beschlagwortet. Ergebnis: ca. 14.000 neue Sachgebietsbeschreibungen und ca. 9.000 Kurzbezeichnungen.

Schlagwortkatalog

Nach IFG müssen veröffentlichte Informationen mit Metadaten versehen werden. Zu den verpflichtenden Metadaten zählen auch Schlagworte. Diese Anforderungen führten zum Entschluss, einen Schlagwortkatalog für das BMIMI zu erarbeiten. Das BMIMI setzte den Schlagwortkatalog für die Beschreibung von Sachgebieten im elektronischen Aktensystem ELAK ein, welche die Basis für die organisierte Veröffentlichung nach dem IFG bilden. Auch weitere Dokumente, Verzeichnisse, Datensätze usw. sollen nach und nach beschlagwortet werden.

Der BMIMI-Schlagwortkatalog speist sich hauptsächlich aus **EuroVoc**, dem mehrsprachigen und multidisziplinären Thesaurus der EU und wird durch Einträge aus den kontrollierten Vokabularen UmThes (des deutschen Umweltbundesamts) sowie der von der deutschen Nationalbibliothek geführte GND (gemeinsame Normdatei) ergänzt.

Nach einem Austausch mit Experten:innen für kontrollierte Vokabulare am Austrian Center for Digital Humanities an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wurde ein Entwurf des Schlagwortkatalogs erarbeitet. Im April 2025 wurde dieser intern vorgelegt und in einem hausinternen Einbindungs-Prozess weiter abgestimmt. Die erste Version des Schlagwortkatalogs wurde am 5. Juni finalisiert und für die oben genannte Reform der Sachgebiete genutzt. In interministeriellen Gesprächen und anderen Austauschformaten wurde das Vorgehen des BMIMI vorgestellt und auf die Sinnhaftigkeit des Einsatzes von kontrollierten Vokabularen hingewiesen. Am 15. August wurden alle Einträge des BMIMI-Schlagwortkatalogs im ELAK als sogenannte Begriffe hinterlegt. So kann die Beschlagwortung von Sachgebieten zukünftig dezentral auf Basis des Schlagwortkatalogs erfolgen. Der Schlagwortkatalog soll im vierten Quartal 2025 vorläufig fertiggestellt und den Mitarbeiter:innen im Intranet niederschwellig bereitgestellt werden.

Datenhygiene

Im Rahmen des Projektes zur Umsetzung des IFG wurde zusätzlich ein Fokus auf das Thema Datenhygiene gelegt. Im Rahmen der Wissensverbreitungsoffensive wurde daher ein Augenmerk darauf gelegt, allen Mitarbeiter:innen die wichtigsten Punkte im Umgang mit dem Thema Datenhygiene zu vermitteln.

Schwärzungstool und Anleitung

Aufgrund der nicht zufriedenstellenden Erfüllung der Barrierefreiheitsstandards der Schwärzungsfunktion im ELAK wurde eine Produktrecherche nach einem geeigneten Schwärzungstool eingeleitet. Das bereits im Ressort eingesetzte Tool PDF-XChange wurde anhand der Kriterien der Praktikabilität, Funktionalität und Barrierefreiheit vonseiten der Abteilung I/Präs. 4 getestet. Das Produkt erwies sich als geeignet und wird nun den Mitarbeiter:innen des Ressorts bei Bedarf zur Verfügung gestellt. Eine eigene Anleitung, die den Umgang und die Funktionsweise des Tools erklärt, wurde von der Abteilung I/Präs. 4 verfasst und im Intranet bereitgestellt.

Rollout/Verwaltung

Ziel für den Bereich Rollout/Verwaltung war das Etablieren einer Transparenzkultur in der Belegschaft und die Sicherstellung eines friktionsfreien IFG-konformen Arbeitens. D.h. alle Mitarbeiter:innen sind über IFG-spezifische Veränderungen informiert und wissen, wie mit ihnen rechtskonform umzugehen ist.

Bewusstseins-/Bildungsoffensive

Im BMIMI wurde besonderes Augenmerk auf Wissensvermittlung durch Schulungs- und Bewusstseinsbildungsmaßnahmen gelegt. Ziel war es, ein fundiertes Wissen zum Thema Transparenz und IFG in der Belegschaft zu etablieren. Es folgt eine Auflistung der durchgeführten Maßnahmen:

Awareness bei Führungskräften

Zwischen Dezember 2024 und März 2025 wurden in der Runde der Abteilungsleitungen in jeder der sechs Sektionen erste Informationen zum Informationsfreiheitsrecht und der geplanten Umsetzung im Ressort vermittelt und erste Problemstellungen ergründet. Entsprechende Unterlagen wurden den Führungskräften zur Verfügung gestellt.

Schulungen für alle BMIMI-Mitarbeiter:innen

In zwei 2,5-stündigen Online-Schulungen wurden insgesamt über 220 Kollegen:innen (von ~ 780 Mitarbeiter:innen im Ressort) die wesentlichsten Punkte zum Thema Informationsfreiheit und die Grundlagen des Arbeitens mit dem IFG vorgestellt. Im Rahmen eines nachträglich erarbeiteten Fragenkatalogs wurden zudem die während der Schulung gestellten Fragen beantwortet. Diese Fragenkataloge und die PowerPoint-Präsentation stehen allen Mitarbeiter:innen im Intranet zur Verfügung.

Es erfolgten zudem zwei gesonderte Schulungen für die Mitarbeiter:innen des Servicebüros sowie eine Schulung für die Mitarbeiter:innen des Kabinetts des Herrn Bundesministers.

Workshops in den Sektionen

In den vier Sektionen des BMIMI wurden im Zeitraum Juni bis Juli 2025 insgesamt sechs 3,5-stündige Workshops abgehalten. Aufbauend auf dem Wissen aus den Online-Schulungen war es der Arbeitsgruppe ein Anliegen in diesen Workshops die Möglichkeit zu bieten, bereichsspezifisch auf das Arbeiten mit dem IFG eingehen zu können. Im Vorhinein wurden Fragen in den Sektionen gesammelt, die sich speziell aus ihren Arbeitsbereichen ergaben. Diese wurden aufbereitet, in das Programm des Workshop-Konzepts individuell integriert und im Zuge des Workshops durchbesprochen. In Gruppenarbeiten wurden die Teilnehmenden schließlich dazu motiviert, das erworbene Wissen einzusetzen, um die Antworten auf die bereichsspezifischen Fragen zum Teil gleich selbst zu erarbeiten. So konnten Problemstellungen systematisch und gezielt aufgezeigt, aber ebenso behandelt werden. Bereichsspezifisch konnte möglichst viel Wissen vermittelt und Rechtssicherheit geschaffen werden.

Informationsveranstaltung für alle BMIMI-Mitarbeiter:innen

Zum Inkrafttreten des IFG am 1. September 2025 lud der Bundesminister alle Kolleginnen und Kollegen zu einer Informationsveranstaltung unter dem Motto „Wir machen es mit Transparenz!“ ein. Knapp 200 Personen, damit über ein Viertel der gesamten Belegschaft, folgten der Einladung. Alle Teilnehmer:innen konnten sich erneut, teils spielerisch, mit den wichtigsten Veränderungen vertraut machen. Im Rahmen eines Stationenbetriebs wurden die wesentlichsten Punkte zum IFG vorgestellt. Dabei wurde Wissen interaktiv auf die Probe gestellt und durch eine Schnitzeljagd war für Unterhaltung gesorgt. Thematisch waren die Stationen in sechs Bereiche aufgeteilt: Proaktive Informationspflicht, reaktive Informationspflicht, Geheimhaltungsgründe, Barrierefreiheit, Verwaltungsdatenkatalog und Schwärzungen. SL Renz und BL Kaplans sprachen einleitende Worte. Krönender Abschluss war die Rede von Herrn Bundesminister Hanke und sein „Start“ der proaktiven Informationspflicht.

Barrierefreiheit und CI-Konformität

Neuerlich angestoßen durch die im IFG geforderte Barrierefreiheit und zur Erleichterung des Umgangs ebenso mit Corporate Design (CI-Konformität) wurden Vorlagen für gängige Dokumenttypen (Tagesordnungen, Entscheidungsgrundlagen, Erledigungsschreiben, Protokolle etc.) sowie eine Checkliste und ein Schulungsvideo erarbeitet. Diese Unterlagen wurden den Mitarbeiter:innen des BMIMI niederschwellig im Intranet zur Verfügung gestellt. Das Ressort wurde auch im Rahmen einer Schulung im Juli 2025 für diese Themen

sensibilisiert. Die Implementierung von Anpassungen zur Gewährleistung von Barrierefreiheit und CI-Konformität bei Office-Produkten ist ebenfalls bereits in Umsetzung.

Erlass und IFG-Leitfaden

Damit ein einheitliches Vorgehen ministeriumsintern gewährleistet werden kann, wurde ein Erlass und ein Leitfaden zu den rechtlichen Implikationen des IFG erarbeitet. Ziel des Erlasses ist die einheitliche, rechtskonforme und praktikable Umsetzung der neuen Informationspflichten sicherzustellen. Der Leitfaden soll die wesentlichen Informationen für alle Mitarbeiter:innen in einem Dokument gebündelt darstellen.

Technisch-organisatorischer Leitfaden

Wie auch für die rechtlichen Aspekte des IFG wurde für die technisch-organisatorischen Neuerungen ein Leitfaden für alle Mitarbeiter:innen des BMIMI verfasst und zur Verfügung gestellt. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Mitarbeiter:innen mit den Veränderungen durch das IFG auch auf technischer Ebene vertraut sind.

Entscheidungsbaum

Eine Besonderheit stellt der Entscheidungsbaum dar, welcher im Rahmen der Arbeitsgruppe entwickelt wurde. Es handelt sich dabei um ein Hilfstool zur Prüfung und Dokumentation der proaktiven Informationspflicht. Im Rahmen eines Frage-Antwort-Systems kann schrittweise erarbeitet werden, ob eine Information (ein Dokument) proaktiv zu veröffentlichen ist. Dabei können z. B. das Vorliegen von Gründen zur Geheimhaltung und die anschließende Interessensabwägung dokumentiert werden. Das dabei erstellte Dokument dient der Nachvollziehbarkeit des Prozesses der Entscheidungsfindung und kann im Akt abgespeichert werden.

E-Learnings

Zur allgemeinen Information über das IFG und zum Arbeiten im ELAK mit dem IFG wurden zwei vom BKA erarbeitete und vom BRZ umgesetzte E-Learnings für das BMIMI angepasst. Die E-Learnings geben einen kurzen und prägnanten Überblick über das Gesetz, die Verpflichtungen und die praktische Umsetzung. Sie sollen zukünftig auch im Rahmen des Onboarding-Prozesses für neue Mitarbeiter:innen eingesetzt werden.

Weitere Hilfestellungen

Über die Leitfäden und den Erlass hinaus wurden als zusätzliche Hilfestellungen eine **Schwärzungsanleitung** erarbeitet. Ebenso steht eine allgemeine **IFG-Formulierung** für den Schriftverkehr im Intranet zur Verfügung. Zudem wurden die **Unterlagen der IFG-Online-Schulung**, beantwortete **Fragenkataloge**, **PowerPoint-Präsentationen** und weiterführende **Informationsquellen** zur Verfügung gestellt.

Handlungsfelder über das Projekt hinaus

Die Arbeit an den ELAK-Sachgebieten hat deutlich gezeigt: Seit Einführung des elektronischen Aktes (ELAK) im Jahr 2004 im seinerzeitigen BMVIT haben sich Handlungsfelder ergeben bzw. werden manche Funktionen des ELAK wenig bis kaum genutzt. Daraus ergeben sich Handlungsfelder, die über das Projekt zur Implementierung des IFG im BMIMI hinausgehen und hier dokumentiert werden.

Diese Handlungsfelder sind im Einzelnen:

- Konforme Nutzung der ELAK-Anwendungen und korrekte und effiziente Anwendung dessen spezifischer Möglichkeiten
- Datenhygiene durch Skartieren von elektronischen Akten und das Löschen von Dokument-Altbeständen
- Bewusstsein für effiziente Arbeitsprozesse und Arbeitsweisen (Struktur-Bewusstsein)
- Verantwortung bei der Datennutzung, Berücksichtigung von Geheimhaltungsgründen im Hinblick auf die NIS-2-Richtlinie¹ (nach dem NISG) und nach dem IFG

¹ Die Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union

Umsetzung auf einen Blick

Tabelle 1 Übersicht der Maßnahmen

Erzeugte Dokumente	Vorbereitungsmaßnahmen	Wissensvermittlung
<ul style="list-style-type: none">• Projektplan• Projekt-Zwischenbericht• Projekt-Endbericht• Erlass• Leitfaden zum IFG• Technischer und organisatorischer Leitfaden• Schwärzungsanleitung• Dokumentationen zur Nachbereitung der Workshops• Dokumente zur Fragenbeantwortung der beiden Online-Schulungen• Anpassung des Website- und Intranetbeitrags• 4 Grafiken zur Veranschaulichung der IFG-Prozesse	<ul style="list-style-type: none">• 2 Online-Schulungen• 6 Workshops in den Sektionen• Hotline für Sachgebiete• Informationsveranstaltung für Beteiligungen• 2 Schulungen des Servicebüros• Schulung des Kabinetts• Besprechungstermine mit den Beteiligungen• Informationsveranstaltung am 01.09.2025	<p>~ 780 Mitarbeiter:innen; davon geschult:</p> <ul style="list-style-type: none">• 228 in Online-Schulung• 95 in den Workshops• Mitarbeiter:innen des Servicebüros• Mitarbeiter:innen des Kabinetts• 196 im Rahmen der Informationsveranstaltung am 01.09.2025• zusätzlich 63 externe Personen

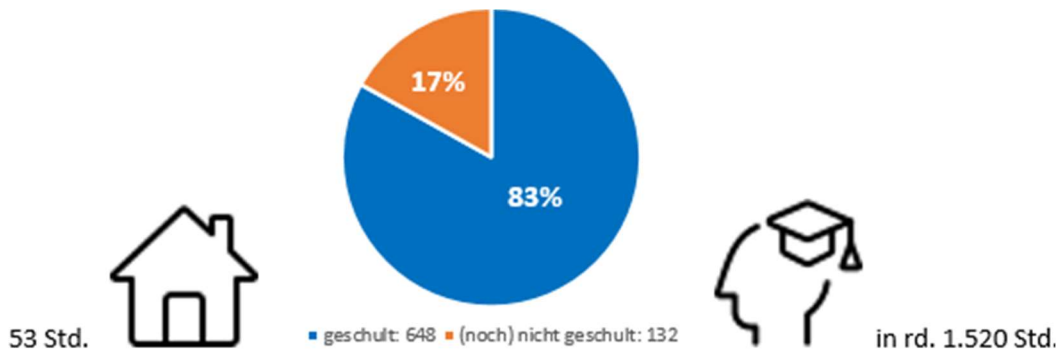
Grafische Veranschaulichung

- Zur Online-Schulung
- Workshops in den Sektionen
- Veranstaltung am 01.09.2025

Wissensvermittlung – Stand 1. September 2025

~ 780 Mitarbeiter:innen, davon geschulte Personen²:

Abbildung 1 Geschulte Personen



Zudem 63 externe Personen (u.a. aus 28 Unternehmen, Großteils Beteiligungen)

Das Projekt in Zahlen

Schulungen und Workshops

Arbeitsstunden

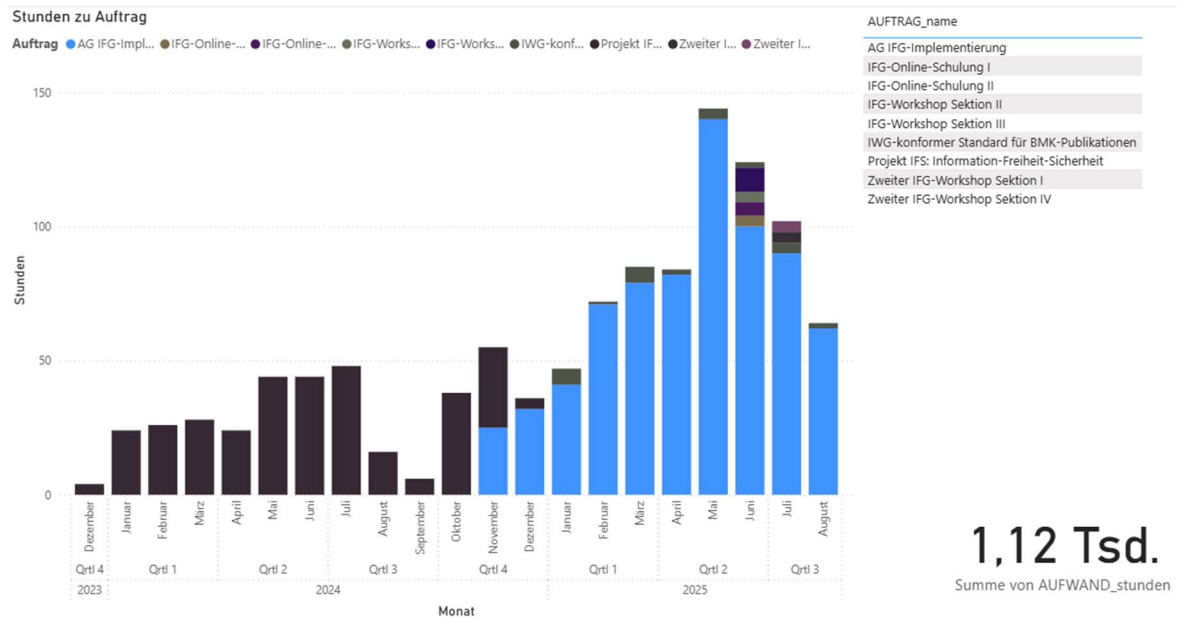
1.120 Arbeitsstunden in der Abteilung I/Präs. 8 seit Anfang 2024 (Beginn Vorprojekt)

Folgende interne Aufträge wurden hier ausgewertet:

- AG IFG-Implementierung
- IFG-Online-Schulung I
- IFG-Online-Schulung II
- IFG-Workshop Sektion II
- IFG-Workshop Sektion III
- IWG-konformer Standard für BMIMI-Publikationen
- Projekt IFS: Information-Freiheit-Sicherheit
- Zweiter IFG-Workshop Sektion I
- Zweiter IFG-Workshop Sektion IV

² Vergleich Gesamtzahl der Mitarbeiter:innen und Gesamtzahl der Teilnehmer:innen an Veranstaltungen zur Wissensverbreitung. Teilweise nahmen Mitarbeiter:innen mehrere solche Veranstaltungen in Anspruch.

Abbildung 2 Stundenaufwand



Der Schlagwortkatalog

Die Top Schlagworte (samt Überbegriffe)

- 7273 Verkehr - Organisation des Verkehrs - Personenverkehr
- 4331 Regierung und öffentlicher Sektor - öffentliche Verwaltung - Zentralverwaltung - Zentralverwaltung
- 4206 Verkehr - Beförderungsmittel - Seilbahn
- 3785 Regierung und öffentlicher Sektor - Personalverwaltung
- 1432 Regierung und öffentlicher Sektor - Verwaltungsrecht
- 1254 Regierung und öffentlicher Sektor - Verwaltungsrecht - Bescheid
- 1242 Regierung und öffentlicher Sektor - öffentliche Verwaltung - Genehmigungsverfahren
- 766 Verkehr - Binnenschiffsverkehr - Binnenschifffahrt
- 658 Verkehr - Landverkehr - Straßenverkehr - Straßenverkehr
- 402 Verkehr - Verkehrspolitische Regelung - Zulassung des Fahrzeugs
- 339 Regierung und öffentlicher Sektor - öffentliche Verwaltung
- 305 Verkehr - Transportpolitik - Transportsicherheit - Transportsicherheit
- 302 Regierung und öffentlicher Sektor - öffentliche Verwaltung - Aufsichtsbehörde
- 271 Regierung und öffentlicher Sektor - Verwaltungsrecht - Verwaltungsmaßnahme
- 265 Verkehr - Transportpolitik - Transportinfrastruktur - Transportinfrastruktur
- 156 Verkehr - Luftverkehr - Zivilluftfahrt
- 155 Verkehr - Transportpolitik
- 145 Regierung und öffentlicher Sektor - Dokumentation
- 100 Verkehr - Luftverkehr - Luftverkehrsflotte - Luftverkehrsflotte

Die Sachgebiete-Reform

Stand Mai 2025 wies das BMIMI 34.000 Sachgebiete auf:

- Mehr als 4.000 davon waren mit Verschlusskennzeichen versehen.
- Etwas mehr als 1.000 davon waren bereits als abgelaufen gekennzeichnet.
- In knapp 7.000 Sachgebiete ohne Verschlusskennzeichen wurden in den letzten 2,5 Jahren 125.000 Akte protokolliert (bzw. 12.000 Akte in 1.589 Sachgebiete mit Zugriffseinschränkungen).
- Es gab knapp 6.000 Begriffe (= Schlagworte) im ELAK, 50 % davon stammen von 20 Personen, von denen rund ein Drittel nicht mehr im BMIMI arbeitet. Über 90 % davon entstanden zwischen 2020 und 2022. Circa 0,5 % davon sind in ein Begriffssystem (mit Über- bzw. Unterbegriffen) eingebettet.

Sachgebiete-Reform Juli 2025

Die Reform der Sachgebiete erfolgte zum Großteil formularbasiert, 4 Sektionen und die Sicherheitsuntersuchungsstelle des Bundes haben gemeinsam über 30 Excel-Formulare befüllt. Zuvor wurde auch das Schlagwortsystem mit über 500 Begriffen, überwiegend basierend auf dem kontrollierten EU-Vokabular EuroVoc von der Abteilung I/Präs. 8 im Haus akkordiert und ausgerollt.

Die Überarbeitungen durch die Fachabteilungen wurden sektionsweise per ELAK gesammelt, genehmigt und wiederum von der Abteilung I/Präs. 8 in einer Datenbank konsolidiert und dem BRZ zur Einspielung in das ELAK-System übergeben.

- 97 % aller 34.000 Sachgebiete wurden auf die eine oder andere Weise bearbeitet.
- Knapp 11.000 Sachgebiete, und damit ein Drittel aller Sachgebiete, wurden zum Ablauf vorgesehen.
- Es wurden 29.000 Schlagwörter vergeben.
- Nur 2,77 % der aktiven Sachgebiete blieben ohne Schlagwörter.
- Der Löwenanteil (67 %) der Sachgebiete erhielt ein Schlagwort, 23 % erhielten 2 Schlagwörter und 10 % der Sachgebiete wurden mit 3 oder mehr Schlagwörtern versehen.
- Knapp 4.000 Sachgebiete wurden als relevant für die proaktive Veröffentlichung benannt.
- Knapp 14.000 Sachgebietsbeschreibungen wurden erstellt.
- Knapp 9.000 Kurzbezeichnungen wurden geändert.

